



## **Volksgemeinschaft – Ausgrenzungsgemeinschaft. Die Radikalisierung Deutschlands ab 1933**

### **4. Internationale Konferenz zur Holocaustforschung**

**Eine Konferenz der Bundeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit der  
Universität Flensburg und der Humboldt-Universität zu Berlin**

**27. – 29.1. 2013 in Berlin, dbb forum berlin, Friedrichstraße 169/170**

*Norbert Frei, Friedrich Schiller Universität, Jena*

Eröffnungsvortrag

27. Januar 2013, Berlin

### **Die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ als Terror und Traum**

Über die Geschichte des „Dritten Reiches“ kann man heute kaum noch sprechen, ohne dass nicht sogleich die Rede auf die „Volksgemeinschaft“ kommt. Jedem halbwegs interessierten Laien ist der Begriff vertraut; unseren Studierenden, so schwer sie sich mit dem Vokabular der Quellen sonst manchmal tun, geht er flüssig über die Lippen. Und wer wissenschaftlich über die NS-Zeit zu arbeiten gedenkt, ohne dabei auf die „Volksgemeinschaft“ zu achten, der muss sich fragen lassen, was denn sonst sein Fokus sei.

In gewisser Weise zeigt dies auch der Titel dieser Konferenz, auf der die „Radikalisierung Deutschlands“ seit 1933 erörtert werden soll. Das ist ein klug gewählter Punkt, der auf neue Einsichten hoffen lässt; aber macht man ihn unter der

Hauptüberschrift „Volksgemeinschaft – Ausgrenzungsgemeinschaft“, dann soll man sich bewusst sein, dass dies eine Zuspitzung darstellt, die einer Ausblendung nahe kommt. Denn zum einen spricht wenig dafür, den Weg in die politische Gewalt, den Deutschland seit 1933 verschärft weiterging, allein mit dem Gesellschaftsmodell der „Volksgemeinschaft“ in Verbindung zu bringen. Zum anderen wäre es falsch zu glauben, die nachweislich vorhandenen affektiven Bindungen an diese „Volksgemeinschaft“ hätten sich vor allem oder gar allein über ihre Ausgrenzungsenergien hergestellt. Schaut man auf die Einzelthemen im Tagungsprogramm, dann wird freilich klar, dass dies gar nicht gemeint sein kann. Und deutlich wird natürlich auch, wie breit die Forschung mit dem Begriff der „Volksgemeinschaft“ inzwischen arbeitet. Ja mehr noch: Plötzlich begreift man, dass es diese Fokussierung auf die „Volksgemeinschaft“ war, die der NS-Forschung im letzten Jahrzehnt neuen Auftrieb gegeben hat. Der Begriff hat viele neugierig gemacht. Wie anders noch, möchte man da ausrufen, vor 20 oder 30 Jahren!

## I.

Bis in die achtziger Jahre hinein galt der Begriff der „Volksgemeinschaft“ vielen Historikern und Zeitgenossen als bloße Propagandaformel – und das, obwohl er in der NS-Zeit allgegenwärtig und auch nach Kriegsende keineswegs sofort verschwunden war. „Was spricht eigentlich dafür, die gesellschaftspolitischen Parolen der Nationalsozialisten zum Nennwert zu akzeptieren?“, fragte zum Beispiel Heinrich August Winkler 1977. Anlass seiner Frage war das lang erwartete, aber dann gerade in diesem Punkt doch eher noch orthodoxe Buch von Tim Mason über die Arbeiterschaft im „Dritten Reich“.<sup>1</sup> Wo Winklers Rezension erst einmal rhetorisch auf Distanz ging, blockten andere kategorisch ab.

Diese fast vollständige Ausblendung der Frage nach „Volksgemeinschaft“ war vorwissenschaftlicher Ausgangspunkt einer ersten Generation empirischer Zeitgeschichtsforscher, die sich in den fünfziger Jahren an die Arbeit machte. Fast alle aus dieser Generation der vormaligen Flakhelfer und jungen Frontsoldaten hielten es in den sechziger und siebziger Jahren für naive Zeitverschwendung, sich damit auseinanderzusetzen.

---

<sup>1</sup> Heinrich August Winkler, Vom Mythos der Volksgemeinschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 17 (1977), S. 484-490, Zit. S. 485.

Dabei machte es wenig Unterschied, ob einer – um es in der Sprache der späteren Etikettierungen zu sagen – eher der intentionalistischen oder stärker der strukturalistischen Interpretation zuneigte: Die „Volksgemeinschaft“ war kein Thema. Von heute aus gesehen, erklärt sich diese nicht nur begriffliche Abstinenz wohl mehr aus eigener Zeitgenossenschaft und generationeller Erfahrung denn aus methodischen oder theoretischen Prämissen.

Immerhin, einen Zeithistoriker aus dieser Generation gab es, der ziemlich früh eine andere Spur legte: Martin Broszat, Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München, der 1969 mit einer großen Arbeit über den „Staat Hitlers“ hervorgetreten war. Im Jahr darauf, erklärtermaßen zum 20. Geburtstag des Instituts, veröffentlichte er in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* einen bahnbrechenden Aufsatz unter dem Titel „Soziale Motivation und Führer-Bindung im Nationalsozialismus“.

Der Begriff der „Volksgemeinschaft“ spielt in dem Text keine herausgehobene Rolle, wohl aber beschäftigt sich Broszat eingehend mit den dahinterliegenden psychosozialen Bedürfnissen: vor allem mit dem enormen Hunger der Deutschen nach gesellschaftlicher Integration. Diesen Hunger aufzugreifen, der durch die Weltwirtschaftskrise zwar nicht erst erzeugt, aber noch verstärkt worden war – darauf, so Broszat, hatten Hitler und seine Bewegung sich wirklich verstanden. Und auf dieser Grundlage sei es dem Regime in erstaunlichem Maße gelungen, das „Sozialideal einer disziplinierten und egalitären Leistungs-Volksgemeinschaft“ umzusetzen.<sup>2</sup>

Überraschend viele der Stichworte, die uns beim Thema „Volksgemeinschaft“ noch heute beschäftigen, finden sich in diesem Aufsatz, und schon deshalb sei er zur Wieder- oder auch zur Erstlektüre empfohlen. Freilich sind in den mehr als vier Jahrzehnten, die seitdem vergangen sind, neue Gesichtspunkte hinzu gekommen, und allein das Faktum des unterdessen nahezu abgeschlossenen Abschieds von den Zeitgenossen der NS-Zeit hat nicht nur die Perspektiven, sondern auch die Erzählweisen kräftig verändert. Das zeigen, ungeachtet aller interpretatorischen Unterschiede, Götz Aly's „Hitlers Volksstaat“ und Michael Wildts „Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung“ ebenso wie Harald Welzers „Täter“- und „Soldaten“-Studien.

---

<sup>2</sup> Vgl. Martin Broszat, Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 18 (1970), S. 392-409, Zit. 396.

Unsere gesellschaftliche, unsere generationelle Konstellation, in die hinein diese und andere Arbeiten mittlerweile geschrieben werden, ist allerdings radikal verschieden von jener der siebziger und achtziger Jahre. Damals fand der Diskurs über den Nationalsozialismus in der Gegenwart seiner Funktionsgeneration statt, also der in den „Nullerjahren“ des 20. Jahrhunderts geborenen Kriegsjugend des Ersten Weltkriegs.

Diese Generation – in ihrer beruflichen Karriere gleichsam in das „Dritte Reich“ hineinsozialisiert, danach hochaktiv als Wirtschafts-Wundertäter – war zwar inzwischen in Pension. Aber sie beobachtete doch noch sehr genau, was und wie die einstigen Flakhelfer über sie schrieben, die jetzt ihrerseits zunehmend in Deutungskonkurrenz gerieten mit den protestierenden Studenten von gestern, sprich: mit den 68ern.

So jedenfalls stellt sich mir, in zugegebenermaßen groben Strichen und ganz fokussiert auf die NS-Historiographie, die Generationendynamik im Westen dar. Der im Osten deklamierte Antifaschismus dagegen erlaubte jahrzehntelang wenig Bewegung, schon gar nicht bei einem so sensiblen Thema wie der Frage nach der Popularität des NS-Regimes. Diese Erfahrung habe ich – das nur nebenbei – noch 1988/89 selbst gemacht, als der Leipziger Reclam-Verlag eine Lizenzausgabe meiner Darstellung über den „Führerstaat“ schon vorbereitet hatte, dann aber am Einspruch eines Fachgutachters scheiterte. In der DDR, so wird man sagen können, blieb die „Volksgemeinschaft“ bis zuletzt tabu.

Doch in diesem Vortrag soll es weder um Generationen- oder Historiographiegeschichte gehen noch um einen deutsch-deutschen Vergleich. Auch will ich nicht versuchen, die Geschichtsschreibung über die „Volksgemeinschaft“ gewissermaßen aus der Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik heraus zu erklären, obgleich manches dafür spricht, dass dies ein ergiebiges Forschungsfeld wäre.

Ein biographisches Indiz für diese vermutete Ergiebigkeit sei immerhin noch angeführt: Es betrifft Werner Conze, Jahrgang 1910, einst ein aufstrebender Ostforscher an der Universität Königsberg, der 1940 die „Entjudung der Städte und Marktflecken“ im besetzten Polen empfohlen hatte – das lernten wir aber erst nach seinem Tod –, und der seit den fünfziger Jahren zu einem der einflussreichsten Modernisierer der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft avanciert war.

Ausgerechnet dieser methodenbewusste Sozial- und Strukturhistoriker – in dessen späterem Werk nicht nur, wie sein Biograph Jan Eike Dunkhase konstatiert, der Judenmord eine auffällige „Leerstelle“ blieb, sondern der die NS-Zeit im Ganzen weiträumig umschiffte – verstand sich 1983, fünfzig Jahre nach der Machtübertragung an Hitler, zu einer Feststellung, die spürbar autobiographisch aufgeladen war: „Die NS-Volksgemeinschaft ist mehr gewesen als nur befohlene Scheinwirklichkeit. Allein durch Zwang ist die lange Zeit im Sinne des Nationalsozialismus erfolgreich gewesene Kraftanstrengung des deutschen Volkes (auch außerhalb der Reichsgrenzen) bis 1945 nicht zu erklären.“<sup>3</sup>

„Befohlene Scheinwirklichkeit“ – was eigentlich wäre, so möchte man fragen, das Gegenstück zu dieser Vorstellung, die Conze hier so deutlich relativiert, ja die er dementiert, ohne sie begrifflich zu ersetzen? – „Freiwillige Realwirklichkeit“?

Die Tatsache, dass wir solchen terminologischen Nöten selbst bei einem der Herausgeber der „Geschichtlichen Grundbegriffe“ begegnen: das verweist, so scheint mir, auf das Eminente, das Ambivalente und wohl vielfach Verstörende einer Erfahrung, die in den Zeitgenossen der NS-Zeit auch nach Jahrzehnten noch weiterwirkte. Reinhart Koselleck, Conzes Herausgeberkollege, sprach in der Erinnerung an das Kriegsende später einmal von der „glühenden Lavamasse“, die sich in seinen Leib ergossen habe und dort geronnen sei.<sup>4</sup>

Koselleck hielt diese „Primärerfahrungen“ für letztlich unvermittelbar. Das ist das gute Recht des als Zeitgenosse sprechenden Geschichtstheoretikers, aber das darf uns nachgeborene Historiker nicht von unserer Arbeit abhalten: Dem Glutkern der NS-Erfahrung gilt es nachzuspüren – nicht als sedimentierte Erinnerung, sondern als gewesene Wirklichkeit –, wenn die Frage nach der „Volksgemeinschaft“ eine befriedigende Antwort finden soll.

## II.

In diesem Sinne möchte ich den Titel dieses Vortrags verstanden wissen: *Die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ als Terror und Traum*. Das soll und kann ja nur heißen, in beide Richtungen zu schauen und sowohl der Erwartungs- als auch

---

<sup>3</sup> Werner Conze, Staats- und Nationalpolitik. Kontinuitätsbruch und Neubeginn, in: ders., M. Rainer Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 441-467, hier S. 456.

der Erfahrungsgeschichte der „Volksgemeinschaft“ nachzugehen. Denn als Traum- oder Wunschvorstellung faszinierte der Gedanke der „Volksgemeinschaft“ längst vor 1933 viele, und für viele wurde dieser Traum nach 1933 dann auch Wirklichkeit, jedenfalls phasen- und ansatzweise. Für andere bedeutete die Idee bekanntlich blanken Terror, schon vor 1933 und mehr noch danach.

Aber ernst zu nehmen ist, so meine ich, auch das „und“ zwischen „Terror und Traum“. Soll heißen: Es gab eine Potentialität des Umschlags in den Terror, die im Grunde jeden treffen konnte – auch jene, die sich eben noch als unbescholtene, ja glückliche Glieder der „Volksgemeinschaft“ fühlen mochten. So gesehen war die nationalsozialistische Volksgemeinschaft – präziser gesagt: war die gesellschaftliche Realität des „Dritten Reiches“ – nicht einfach die Verwirklichung einer älteren Idee, sondern deren sehr spezifische Engführung.

Zur Herkunft von Idee und Begriff der „Volksgemeinschaft“ muss an dieser Stelle nicht viel gesagt werden. Das ist im Wilhelminischen Deutschland um 1900 alles noch recht deutungsoffen und reicht diskursiv vom völkischen über das christliche bis ins sozialdemokratische Lager, wengleich natürlich die Hinwendung zur Gemeinschaft kaum anders denn als Abwendung von der Gesellschaft zu denken war. Jedenfalls trägt der Gedanke der „Volksgemeinschaft“ den Stachel der Illiberalität von jeher in sich.

Seit dem Ersten Weltkrieg und zumal in den Krisen Jahren danach begegnen wir zunehmenden Versuchen, die Antinomien der modernen Massengesellschaft, das Gefühl sozialer Entfremdung und wachsender Ungleichheit mit der Rhetorik der „Volksgemeinschaft“ zu überdecken. Aber erst die Nationalsozialisten verstanden es, dieser Rhetorik einen neuen, attraktiven Dreh zu geben: „Volksgemeinschaft“ nicht nur als Appell an den Gemeinsinn, den man in der Stunde der Not beschwört; „Volksgemeinschaft“ nicht nur als Idee, die Trost verheißt; sondern „Volksgemeinschaft“ als Rezept zur Überwindung von Schwäche, als Verkörperung von Selbstbewusstsein und Stärke, als Ausdruck des Stolzes, der Durchsetzungsfähigkeit und der Leistungsbereitschaft einer Nation. Diese Konnotationen immer wieder aufzurufen und in den Köpfen von immer mehr

---

<sup>4</sup> Reinhart Koselleck, Glühende Lava, zur Erinnerung geronnen. Vielerlei Abschied vom Krieg: Erfahrungen, die nicht austauschbar sind, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.5.1995.

Menschen zu verankern: das war die Leistung der Hitler-Bewegung. Und das machte sie in den frühen dreißiger Jahren für viele attraktiv.

Freilich erwuchs diese Attraktivität nicht aus einer bloßen Vokabel. Wichtiger als die Begrifflichkeit war das hinter der Formel von der „Volksgemeinschaft“ sich eröffnende semantisch-diskursive Feld, waren die Erwartungen und Phantasien, die dort gedeihen konnten. Den Traum von der „Volksgemeinschaft“ gab es in Wirklichkeit nur im Plural. Und die Freiheit des einzelnen im „Dritten Reich“ bestand darin, dass ihn jeder ein bisschen anders träumen durfte.

Ich will das gar nicht so zynisch verstanden wissen, wie es im ersten Moment vielleicht klingt. Denn wir sollten uns davor hüten, der NS-Führung zu viel Präzision und Kalkül zu unterstellen, wenn sie die „Volksgemeinschaft“ im Munde führte. Von Hitler wissen wir, dass er den Begriff keineswegs sonderlich zelebrierte, und dass er ihn oft nur synonym benutzte für „Volk“. Ähnliches gilt für Goebbels, und schon diese Empirie spricht dagegen, in der „Volksgemeinschaft“ den Zentralpunkt einer politischen Konzeption zu erblicken – oder auch nur den Zentralbegriff der politischen Sprache des „Dritten Reiches“. Aus der Perspektive des „Führers“ wäre das eine wie das andere nur eine Einschränkung gewesen; eine Festlegung und Selbstverpflichtung, die er zeitlebens zu vermeiden suchte.

Heißt das aber im Umkehrschluss, dass wir uns als Historiker von dem Begriff der „Volksgemeinschaft“ – immerhin ein Quellenbegriff – am besten fernhalten sollten? Ian Kershaw hat die neuere Forschung unlängst kritisch bilanziert und die Nützlichkeit des Begriffs unter verschiedenen Gesichtspunkten sorgfältig durchgemustert. Sein Ergebnis: das „Konzept“ „Volksgemeinschaft“ habe zu einigen „interessanten und wichtigen Einsichten geführt, die allerdings nicht den Kern des Regimes treffen“.<sup>5</sup>

Mir scheint hier ein Missverständnis vorzuliegen. Anders als Kershaw schon im Titel seines Aufsatzes signalisiert, ging und geht es den meisten, die sich an der Debatte der letzten Jahre beteiligt haben, nicht darum, „Volksgemeinschaft“ als ein „neues Forschungskonzept“ zu etablieren. Aus meiner Sicht wäre das auch verfehlt: hieße

---

<sup>5</sup> Ian Kershaw, „Volksgemeinschaft“. Potential und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59 (2011) 1, S. 1-17, hier 17.

das doch, einen Quellenbegriff zum Erklärungsmodell zu erheben – statt sich seinen heuristischen Wert zunutze zu machen.<sup>6</sup>

In diesem spezifisch eingeschränkten Sinne allerdings meine ich nach wie vor – und das ist nun leider ein Selbstzitat: „Die Frage nach der ‚Volksgemeinschaft‘ führt zum Kern des Problems.“<sup>7</sup> Denn sie lenkt den Blick zwar nicht als erstes auf die Ausgrenzungsenergien des Regimes, wohl aber auf seine erklärungsbedürftige Integrationskraft – und damit auf die bis heute moralisch erregende Frage nach Ausmaß, Verlauf und Dauer seiner Attraktivität.

### III.

An das Faktum, dass die Nationalsozialisten nicht aus eigener Kraft an die Macht gelangten, wird in diesen Tagen vielfach erinnert. Und es ist ja richtig: Es hätte vor 80 Jahren auch anders ausgehen können. Deshalb kann es auch heute nicht verkehrt sein, sich vor Augen zu führen, wie viel damals von der Entscheidung eines Einzelnen abhing – nämlich vom Reichspräsidenten und vielleicht noch von einigen Wenigen, die auf ihn Einfluss hatten. Die Ernennung Hitlers war kein „Betriebsunfall“, wie nach 1945 oft entschuldigend gesagt worden ist, und dennoch war einiges an Akzidenz im Spiel. Das anzuerkennen scheint uns seit 1989/90 wieder leichter geworden zu sein: Seit wir in anderer Weise als zuvor offen sind für den Gedanken, dass Menschen Geschichte machen, und dass diese nicht nur aus Strukturen erwächst.

Hindenburgs Entscheidung vom 30. Januar 1933 war weder Zufall noch Zwangsläufigkeit. Sie war bedacht und sie war gewollt, und sie hatte eine benennbare Logik auf ihrer Seite. In ihr kam eine Koalition von Kräften und Interessen zum Tragen, die trotz mancher Unterschiede ein gemeinsames Ziel verband: die Überwindung der parlamentarischen Demokratie.

Aber Hindenburgs Entschluss war auch ein Zeichen der Schwäche. Er offenbarte den dramatischen Verlust an politischer Integrationsfähigkeit – vor allem an

---

<sup>6</sup> Vgl. in diesem Sinne den Tagungsbericht von Janosch Steuer, German Society in the Nazi Era. „Volksgemeinschaft“ between Ideological Projection and Social Practice. 25.03.2010-27.03.2010, London, in: H-Soz-u-Kult, 28.05.2010, <<http://hsozkult.geschichte.huberlin.de/tagungsberichte/id=3121>>.

<sup>7</sup> Norbert Frei, „Volksgemeinschaft“. Erfahrungsgeschichte und Lebenswirklichkeit der Hitler-Zeit, in: ders., 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen. München 2005, hier zit. nach erw. Neuausgabe 2009, S. 142.



parteilichter Bindekraft –, der auf Seiten der Alten Rechten in den letzten Jahren der Weimarer Republik eingetreten war. Und zugleich bestätigte er die im Zeichen der ökonomischen Krise so rasant gewachsene soziale Attraktivität der nationalsozialistischen Bewegung. Dass Hitler in dem Moment Kanzler wurde, da es mit der NSDAP eigentlich abwärts und mit der Wirtschaft endlich wieder ein wenig aufwärts ging, bleibt bittere Ironie.

Doch wir wissen ja auch, wie rasch es dem neuen Regime gelang, die gegnerischen politischen Strukturen zu zerschlagen oder „gleichzuschalten“, und wie letztlich gering der Widerstand war, auf den es dabei traf. Und wir wissen, wie schnell die Zustimmung wuchs, die es nach der Phase des unverhüllten Terrors schon seit dem Sommer 1933 fand. Diese Zustimmung war ein Gemisch aus persönlichen Erwartungen und allgemeinen Hoffnungen, aus Opportunismus und Angst, aus der Bereitschaft, sich überzeugen zu lassen und zu glauben: nicht zuletzt an den Traum von der „Volksgemeinschaft“ .

Als Hitler die Deutschen im November 1933 zum zweiten Mal binnen acht Monaten an die Wahlurnen rief, entfielen auf die Einheitsliste der NSDAP 92,2 Prozent der Stimmen. Noch höher, nämlich bei 95,1 Prozent, lag die gleichzeitig abgefragte Zustimmung zum Austritt aus dem Völkerbund. Solche Zahlen machten misstrauisch. Sie hätten, so konstatierte die linkssozialistische Widerstandsgruppe Neu Beginnen in einer internen Analyse, „auch kritische Beobachter des Auslandes dazu verleitet, dieses Ergebnis als gefälschtes oder auf unmittelbaren Zwang und Terror zurückzuführendes anzusehen“.

„Dem liegt aber“, so heißt es weiter, „eine irrtümliche Auffassung über den wirklichen Einbruch faschistischer Ideologien in alle Klassen der deutschen Gesellschaft zugrunde. (...) Genaue Beobachtungen (...) zeigen, daß die Wahlergebnisse im großen und ganzen der wirklichen Stimmung entsprechen. Mögen auch in der Hauptsache in Landbezirken und kleineren Orten zahlreiche ‘Korrekturen’ vorgekommen sein. Das Gesamtergebnis zeigt *einen ungemein raschen und starken Faschisierungsprozeß* der Gesellschaft an.“<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Bernd Stöver (Hrsg.), Berichte über die Lage in Deutschland. Die Meldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich 1933-1936, Bonn 1996, S. 2, Hervorhebung im Original; vgl. auch Rudolf Heberle, Zur Soziologie der nationalsozialistischen Revolution. Notizen aus dem Jahre 1934, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 13 (1965), S. 438-445.

Aus der Rückschau wissen wir, dass die Stimmung der Deutschen vorderhand gleichwohl labil blieb: Trotz eben demonstrierter Einigkeit, trotz der Geschwindigkeit, mit der sich das Gesicht des Landes verändert hatte, trotz der Radikalität, mit der eine politisch freie, in Maßen pluralistische *Gesellschaft* in eine konsequent als solche adressierte *Gemeinschaft* von „Volksgenossinnen und Volksgenossen“ umcodiert worden war. Kurz: trotz einer unbestreitbar effektiven Politik der Machtmonopolisierung und Machtsicherung.

Im Spätwinter und Frühjahr 1934 zeigte sich allenthalben Unzufriedenheit – in der Wirtschaft, bei den Bauern, im Beamtenapparat und nicht zuletzt bei der Reichswehr, wo man die Machtansprüche der SA-Führung unter Ernst Röhm mit höchstem Misstrauen beäugte. Diese veritable Krise beendete erst Hitlers doppelter Coup vom 30. Juni 1934: ein Blutbad gegen die konservativen Kritiker von rechts genauso wie gegen die Unzufriedenen in den eigenen Reihen, den Deutschen damals aber verkauft als die Vereitelung eines angeblichen Putschversuchs seines Duz-Freundes Röhm.

Das erneute Plebiszit ein paar Wochen später, nach Hindenburgs Tod, bestätigte Hitler nicht nur in seiner nunmehr erreichten Omnipotenzstellung als Staatsoberhaupt, Regierungschef, Oberster Parteiführer und Oberbefehlshaber; es bekräftigte darüber hinaus ein Funktionsprinzip des „Führerstaats“: Partizipation per Akklamation – mit einer Zustimmungsrate von 89,9 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 95,7 Prozent. Die „Volksgemeinschaft“ als soziale Praxis, von der in der Forschung neuerdings so gerne gesprochen wird – sie fand nicht zuletzt im Stimmlokal statt. Denn wie sagte doch der „Führer“ über den „Führerstaat“: „Das ist die schönste Art der Demokratie, die es gibt.“<sup>9</sup>

Der Satz entstammt einer Rede vom April 1937, und man darf ihn als die frappierend ehrliche Auskunft eines Mörders lesen, der mit sich und seinen „Volksgenossen“ im Reinen war; der wusste, dass die Hitler-Begeisterung der Deutschen seit dem Sommer 1934 in phantastische Höhen gewachsen war. „Das Volk ist heute in Deutschland glücklicher als irgendwo in der Welt“, erklärte Hitler vor 800 Kreisleitern, die sich auf der „Ordensburg“ Vogelsang in der Eifel versammelt hatten.

---

<sup>9</sup> Zit. nach Norbert Frei, *Der Führerstaat, Nationalsozialistische Herrschaft 1933-1945*. Neuausgabe München 2013, S. 241; dort S. 239 f. auch die folgenden Zit.

Ein Jahr zuvor, nur wenige Wochen nach der vertragswidrigen Besetzung des entmilitarisierten Rheinlands durch die Wehrmacht, hatte Hitler noch einmal eine „Reichstagswahl“ veranstalten lassen – diesmal mit einer Zustimmungsquote von 99 Prozent. Das Kalkül dahinter legte er nun offen: „Ich habe aber erst gehandelt. Erst gehandelt, und dann allerdings habe ich der anderen Welt nur zeigen wollen, daß das deutsche Volk hinter mir steht (...). Wäre ich der Überzeugung gewesen, daß das deutsche Volk vielleicht hier nicht ganz mitgehen könnte, hätte ich trotzdem gehandelt, aber ich hätte dann keine Abstimmung gemacht.“

Das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle lebhaften Beifall, und diesen als Höflichkeitsapplaus zu deuten, wäre ein Fehler. Denn was Hitler seinen Unterführern zwei Stunden lang auseinandersetzte, das leuchtete damals den meisten Deutschen ein: „Man kann nur, glauben Sie, diese Krise der heutigen Zeit beheben durch einen wirklichen Führungs- und damit Führerstaat. Dabei ist es ganz klar, daß der Sinn einer solchen Führung darin liegt zu versuchen, auf allen Gebieten des Lebens durch eine natürliche Auslese, immer aus dem Volk heraus, die Menschen zu gewinnen, die für so eine Führung geeignet sind. Und das ist auch die schönste und in meinen Augen germanischste Demokratie. Denn was kann es Schöneres für ein Volk geben als das Bewußtsein: Aus unseren Reihen kann der Fähigste ohne Rücksicht auf Herkunft und Geburt oder irgendetwas anderes bis zur höchsten Stelle kommen. Er muß nur die Fähigkeit dazu haben. Wir bemühen uns, die fähigen Menschen zu suchen. Was sie gewesen sind, was ihre Eltern waren, was ihre Mütterchen gewesen sind, das ist gänzlich gleichgültig. Wenn sie fähig sind, steht ihnen jeder Weg offen.“

Kein Wort zwar über die Volksgemeinschaft – aber jede Menge Gründe dafür, in ihr ein Reich der Chancengleichheit zu erblicken! Die Sympathie, die Hitler und sein Regime in diesen mittleren Jahren erfuhren, beruhte nicht zuletzt auf solchen Parolen. Belege für diese affektive Bindekraft sind naturgemäß nicht ganz leicht zu erschließen; was dazu in den Lage- und Monatsberichten der Behörden zu finden ist – von den Gendarmerieposten über die Landratsämter bis in die Innenministerien – unterliegt noch stets dem Verdacht der Schönfärberei. Breit angelegte Oral-History-Projekte, wie sie vor allem in den frühen achtziger Jahren von der Gruppe um Lutz Niethammer geführt worden sind, kamen dem Gefühlshaushalt der Zeitgenossen schon näher – ohne freilich das Problem lösen zu können, dass es erinnerte

Emotionen waren, die in den lebensgeschichtlichen Interviews an die Oberfläche kamen.

Ich habe solche großen Befragungen nie gemacht, aber ich werde das Gespräch nicht vergessen, das ich als Doktorand mit einem eher wehmütigen als auf Selbstrechtfertigung erpichten Gaufunktionär in Bayreuth führte. Plötzlich entfuhr es der Ehefrau, die dem Gespräch bis dahin still zugehört hatte: „Aber eines muss man sagen, beim Hitler wurden wir Bauersleut' überhaupt zum ersten Mal estimiert.“

Dass der Traum von der „Volksgemeinschaft“ von seiner ständigen gezielten Aktualisierung lebte, lag in der Natur des Mobilisierungsregimes.<sup>10</sup> Unentwegt wurden symbolische Loyalitätsbekundungen eingefordert. Darin hatte das offizielle „Heil Hitler“ seine Funktion, aber auch die Häufung öffentlicher Veranstaltungen, auf denen die Partei den „Volksgenossen“ Anerkennung zollte, sie aber auch stets aufs Neue zum Bekenntnis ihrer Zugehörigkeit zwang.

Auf diese Weise wurde in den sogenannten Friedensjahren massenhaft soziales Bewusstsein verändert, wurden Klassen- und Standesdünkel vielleicht nicht beseitigt, aber delegitimiert und mentale Sperrn aus dem Weg geräumt. Die so produzierte Regimeloyalität erzeugte ihrerseits eine Dynamik psychosozialer Kraftentfaltung, die sich als äußerst funktional im Sinne der NS-Ideologie erwies. Dass Leistung zählen sollte statt Herkunft und Rang, das machte die sozialen Integrationsangebote des Regimes für viele attraktiv und führte auch tatsächlich zu einer gewissen Egalisierung wenigstens von Aufstiegschancen. Gerade junge Arbeiter, die während der langen Wirtschaftskrise die Erfahrung bröckelnder Solidarität gemacht und darauf mit einer Abkehr von den gewerkschaftlichen Strukturen reagiert hatten, fühlten sich von den nationalsozialistischen Parolen angesprochen. Das umso mehr, als die schönen Worte nach Einsetzen der Hochkonjunktur – dem offiziellen Lohnstopp zum Trotz – durch eine deutliche Leistungslohn-Politik untermauert wurden.

Auch und gerade die NSDAP, so ist neuerdings argumentiert worden, habe als „Integrationsmaschine“ im Sinne der „Volksgemeinschaft“ funktioniert.<sup>11</sup> Nun kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Hunderttausende, für die es Aufgaben und Pöstchen gab in dem aufgeblähten Parteiapparat, ihre Pflichten nicht als

---

<sup>10</sup> Das Folgende nach Frei, „Volksgemeinschaft“ (wie Anm. 7), S. 130.

<sup>11</sup> Armin Nolzen, Inklusion und Exklusion im „Dritten Reich“, in: Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 2009, S. 60-77.

Ausgrenzung verstanden, sondern im Gegenteil als sinnhaftes Wirken im Dienste einer großen Sache. Doch aus den geheimen Stimmungsberichten wissen wir, dass dies unter den sogenannten einfachen Volksgenossen häufig anders gesehen wurde: Zumal während des Krieges begegnete man den Repräsentanten der Partei vielfach mit Distanz, ja mit Geringschätzung angesichts ihrer Privilegien und ihrer Neigung, sich als Verkörperung des „Führerwillens“ aufzuspielen, und hinter vorgehaltener Hand gab es nicht selten harsche Kritik. In diesem Sinne war das durch Ian Kershaws Hitler-Biographie bekannt gewordene Tugendgebot eines zweitrangigen NS-Funktionärs durchaus populär. Allerdings genau andersherum, als es Werner Willikens seinerzeit meinte: Viele Volksgenossen hielten es für ausgemacht, dass die Partei nicht dem Führer entgegen-, sondern gegen den Willen des „Führers“ arbeitete.

Der Satz: „Wenn das der Führer wüsste“ war der gängige Ausdruck der Unzufriedenheit und der Klage über Missstände, für die man die Schuld bei den Parteibonzen suchte. Vor diesem Hintergrund scheint mir die Funktion der Parteiorganisation – wohlgemerkt nicht die Hitler-Jugend, deren sozialintegrative und mentalitätsprägende Bedeutung weitaus höher anzusetzen ist – doch zutreffender im Bild eines Puffers beschrieben als in dem einer „Integrationsmaschine“.

Überhaupt meine ich, wir sollten die Funktionalität der „Volksgemeinschaft“ nicht überzeichnen. Denn eines ihrer Merkmale – und letztlich ihre Schwäche – war eine labile Grundstimmung, die zur fortwährenden Erzeugung sozialer Hochgefühle und zu deren ständiger Reaktualisierung zwang. Erinnerung sei nur an die gekonnt inszenierten Olympischen Spiele von 1936, an das sozialpolitische Remmidemmi der sogenannten „guten Jahre“ vor dem Krieg – und nicht zuletzt an die Wohlstandsverheißungen für die Zeit danach, wie sie die DAF seit 1940/41 ventilierte, etwa mit dem „Sozialwerk des Deutschen Volkes“.

Das alles waren Bemühungen um positive Integration – Götz Aly würde von „Bestechung“ sprechen –, und das alles war nicht ohne Effekt. Aber es war nicht *alles*. Wenn die „Volksgemeinschaft“ über weite Strecken klag- und fraglos funktionierte, dann auch wegen des verbreiteten Wissens über die repressiven Möglichkeiten des Regimes – und wegen deren zu Teilen hoher Akzeptanz, ja Popularität.

Dass, wer nichts leistet, auch nichts essen, und im Zweifelsfall im Lager zur Arbeit erzogen werden soll: Darauf konnte sich die „Volksgemeinschaft“ schnell verständigen, und wie wir wissen, auf noch vieles mehr. Ins Bild der „Volksgemeinschaft“ eingeschrieben war bekanntlich immer auch das Gegenbild der vielen, die nicht dazu gehören durften oder wollten: die weltanschaulichen Feinde, die „Volksschädlinge“, die „rassisch“, sozial oder sexuell „Andersartigen“, die „erblich“ Belasteten und die psychisch Kranken. In diesem Sinne bedeutete „Volksgemeinschaft“ zugleich und per Definitionem auch Ausgrenzungsgemeinschaft. Die Frage aber bleibt, inwieweit es erst der Gewaltakt der Ausgrenzung war, durch den sich „Volksgemeinschaft“ herstellte.

Um es konkreter zu machen und auf das Kernverbrechen zu kommen: War die Gewalt gegen die Juden, an deren Bedeutung für die NS-Bewegung in der Weimarer Republik uns Michael Wildt so nachdrücklich erinnert hat, konstitutiv auch für die Herausbildung der „Volksgemeinschaft“ im „Dritten Reich“? Oder war, was sich an Aggressionen, an Hass und Gemeinheit gegen die Juden vom Moment der Machtübernahme an Bahn brach und in der sogenannten „Boykottaktion“ vom 1. April 1933 erstmals quasi-staatlichen Ausdruck fand, eher ein Störfaktor für die von Hitler propagierte „nationale Erhebung“?

Wildt hat überdies das Moment der „Selbstermächtigung“ betont, das in der gemeinschaftlichen Ausübung antisemitischer Gewalt zum Ausdruck komme. Das ist, bezogen auf die Gewalttäter selbst, nicht von der Hand zu weisen. Aber als Erfahrung wichtiger und häufiger war doch wohl das Moment der Fremderhöhung: die den „Volksgenossen“ von ihrem „Führer“ immer wieder zuteil gewordenen Gesten der Wertschätzung, verbunden mit einer geradezu religiösen Rhetorik des Auserwähltseins.

Man wird die Frage nach dem „volksgemeinschaftlichen“ Stellenwert der Gewalt gegen die Juden am Ende nicht pauschal beantworten können, und für eine raumgreifende Erörterung der – übrigens lange vernachlässigten – Geschichte des Antisemitismus im „Dritten Reich“ ist jetzt nicht mehr die Zeit. Deshalb nur noch ein paar skizzenhafte Bemerkungen, wobei es mir am wichtigsten ist, dass wir das Thema nicht als ein statisches missverstehen, sondern prozesshaft und in seinem erfahrungsgeschichtlichen Kontext behandeln. An Quellen dafür ist weniger Mangel, als man mitunter meint.

Dass der „Judenboykott“ vom April 1933, gemessen an der Empörung in den westlichen Demokratien, ein Fehlschlag war, steht außer Frage. Einigermaßen deutlich ist auch, dass die Aktion der antisemitischen Parteibasis fürs erste eine gewisse Genugtuung verschaffte; umgekehrt ebenso, dass sie in den noch halbwegs intakten sozialmoralischen Milieus der Arbeiterbewegung und des Katholizismus auf Ablehnung stieß. Am wenigsten klar ist der Befund für das Bürgertum; hier reichten die Reaktionen von echter Scham und leise bekundetem Mitgefühl für die Betroffenen über ein empathieleeres „So etwas ziemt man nicht“ bis hin zur Schadenfreude oder gar zum Applaus.

Das Spektrum von Reaktionen und Verhaltensweisen ist damit natürlich nur grob umrissen, und wichtiger noch: Es ist damit noch nichts über die weitere Entwicklung gesagt. Doch in der Rückschau ist völlig klar, dass der staatlich zunächst sanktionierte, dann forcierte Antisemitismus, der seit Frühjahr 1933 vor aller Augen und mit Billigung vieler in Gang gesetzt wurde, eine moralische Erosionsdynamik auslöste, in der am Ende auch eine „Endlösung“ darstellbar wurde. Dieser Weg in eine umgedrehte Wertewelt war von den Weltanschauungskriegern gewiss nicht strategisch geplant, wohl aber gewollt und von ihren Unterstützern immer weniger einzuhegen. Hier wäre dann auch der Punkt, nach dem Entstehen einer spezifischen NS-Moral zu fragen, über die in letzter Zeit, angestoßen vor allem durch Raphael Gross,<sup>12</sup> wieder intensiver nachgedacht wird, als dies jahrzehntelang der Fall war.

#### IV.

Ein letztes noch; es passt sowohl zur Frage nach der nationalsozialistischen Moral und ihrem Fortwirken als auch zu dem Faktum, dass wir hier auf Einladung der Bundeszentrale für politische Bildung versammelt sind:

„In dem deutschen Volke hat der Nationalsozialismus, hat die Diktatur keine Wurzel“. Mit diesen Worten reagierte Konrad Adenauer am 16. Januar 1960 in einer Fernsehansprache auf den globalen Mediensturm, den die Hakenkreuz-Schmierereien an der Kölner Synagoge über die Weihnachtsfeiertage ausgelöst hatten. Fünfzehn Jahre nach dem Ende des „Dritten Reiches“ und ein Vierteljahr nach der Wiedereinweihung des Gotteshauses in seiner Heimatstadt, an der der Kanzler teilgenommen hatte, war das eine normative Aussage von einiger Kühnheit.

Walter Jacobsen, Mitarbeiter der Bundeszentrale für Heimatdienst, kam darüber ins Grübeln und veröffentlichte einen Text unter dem Titel „Die Vergangenheit mahnt – Wille, Wege und Wagnis zur Bewältigung“. Doch es war nicht die ein wenig holpernde Überschrift, die den Leiter des Referats Psychologie in Schwierigkeiten bringen sollte, sondern seine Diagnose fortdauernder antisemitischer Mentalitätsüberhänge in der deutschen Gesellschaft. Es sei unerträglich, protestierte Hans Ritter von Lex, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, „in einer bundesoffiziellen Publikation von ‚Hitler in uns‘ und von ‚Schizophrenie in unserem Volk‘ zu sprechen und dadurch die These von der kollektiven Mitschuld und damit von der Kollektivschuld des deutschen Volkes zu unterstützen“.<sup>13</sup>

Das war im Sommer 1960, aber die seit 1945 trainierten Abwehrreflexe einer post-nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ funktionierten noch. Ich will das jetzt nicht mehr weiter kommentieren, nur eines noch hinzufügen für diejenigen im Saal, die – natürlich zu ihrem eigenen Schaden – „Aus Politik und Zeitgeschichte“ vielleicht nicht regelmäßig zur Kenntnis nehmen: Das Zitat und die geschilderte Episode entstammen der Ausgabe vom 12. November letzten Jahres, und dafür sei der Bundeszentrale ebenso gedankt wie für diese Tagung.

---

<sup>12</sup> Raphael Gross, Anständig geblieben. Nationalsozialistische Moral, Frankfurt am Main 2010.

<sup>13</sup> Zit. nach Gudrun Hentges, Neuanfang staatlicher politischer Bildung: Die Bundeszentrale für Heimatdienst 1952-1963, in: APuZ 46-47/2012, S. 42.